

# Schlesische

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der illust. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Leibzue“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungbröt“, „Die Genossin“

**Abgabepreis:** Die Anspaltene Müllmetzgerle ob. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Verlobungs- und Veramtsungsangelegenheiten 4 Goldpfennige. — **Reklamepreis:** Die Müllmetzgerle 4 Goldpfennige oder deren Raum im Wert 30 Goldpfennige.

Freitag, 4. April 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 6 maligem Erscheinen monatlich 2.—, bei wöchentlich 30 maligem Erscheinen durch Straßenschilder u. Abo. 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Leebitzer Straße 50. — Postfachkonto: Breslau Nr. 310 60. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8337.

## Ausdehnung des Kohlenstreiks auf Dombrowa, Krakau und Leichen.

(Eigener Drahtbericht.)  
Kattowitz, 3. April. Der Streik der Bergarbeiter in polnisch Oberschlesien hat weitere Ausdehnung erfahren. Der Dombrower und Krakauer Bezirk haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Der Streik im gesamten polnischen Bergbau steht bevor. Auch die Arbeiter der Naphtaindustrie und der Salzbergwerke stehen vor dem Kampf. Das Leichen Kohlenrevier schloß sich der Streikbewegung gleichfalls an.

## Eisenbahnerstreik.

Die Reichsbahndirektion Altona verstärkt ihr provokatives Verhalten. Sie hat einen großen Teil der Güterbodenarbeiter in Hamburg entlassen. Daraufhin traten sämtliche Arbeiter des Güterbodens in den Sympathiestreik. Die Regierung hat die Technische Nothilfe eingeklebt, die selbstverständlich nicht imstande ist, den Verkehr zu meistern.

Der Streik im Reichsbahndirektionsbezirk in Elberfeld hat sich weiter ausgedehnt, so daß die Städtgut- und die Exztraktabteilung geschlossen werden mußten. Auch in Wirtke und Steinbeck verließen die Belegschaften geschlossen den Betrieb.

Die Kämpfe der Eisenbahner in Mannheim, Württemberg, Magdeburg und Ostpreußen gehen weiter.

Die Verhandlungen der Gewerkschaftsbeamten, die sich wieder recht langsam betreiben, hat zu keinem Resultat geführt.

## Verhärfung des Kampfes in der Berliner Metallindustrie.

(WB.), Berlin, 2. April. Die bereits seit einer Woche in der Berliner Metallindustrie wenn auch nur vereinzelt aufgetretene Lohnbewegung nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Die dem tariflosen Zustand in der Berliner Metallindustrie entspringende Bewegung in Gestalt von Streiks droht zu einer Gesamtkampfung zu werden. Die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeiterschaft die Arbeit übergeben oder nach Ablehnung der passiven Resistenz von den Unternehmern ausgesperrt worden ist, hat sich auf etwa 75 in Groß-Berlin erhöht. Die Zahl der davon betroffenen Arbeiter läßt sich augenblicklich noch nicht abschätzen. Die Bemühungen der Unternehmern mit den Vertretern der Arbeiter in den einzelnen Betrieben Sonderlohn- und Arbeitszeit-Abkommen zu treffen, sind zum größten Teil fehl geschlagen. Die Gewerkschaften verhalten sich in diesem Kampfe vollkommen neutral. Die Betriebsräte der Metallindustrie werden sich dieser Lage abermals mit der geschaffenen Situation beschäftigen und ihre Entscheidungen treffen.

## Vor dem Kampf der Buchdrucker.

Die Arbeitgeber haben den Schiedsbruch im Buchdruckgewerbe, das einen Spitzenlohn von 30 Mark vorsieht, angenommen. Einstimmig abgelehnt haben ihn gestern die Organisationsvertreter der Buchdrucker. Sie beharren auf ihrer Forderung der Zahlung eines Wochenlohnes von 35 Mark. Die Arbeitgeber werden den Vätern zufolge wahrscheinlich nunmehr die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsbruches beantragen. Es ist mit dem baldigen Ausbruch des Kampfes zu rechnen.

## Die ostpreussischen Bauarbeiter ausgesperrt.

Nachdem der Schlichtungsausschuß in Königsberg in einem Schiedsspruch den Bauarbeitern den Achtstundentag zu nehmen versuchte, haben die Bauarbeiter nach acht Stunden die Arbeit niedergelegt, in Solidarität mit ihren 90 Prozent erwerbslosen Berufskollegen und wurden daraufhin insgesamt ausgesperrt.

## Vor der Spaltung in der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 3. April. Der Vorstand der nationalliberalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei hat dem Vertreter des Parteivorstandes mitgeteilt, daß die Vereinigung weiter bestehen bleiben wird, und ihre Anerkennung fordert. Es kam zu keiner Verständigung. Die Vereinigung hat diejenigen ihrer Mitglieder, die als Reichstaatskandidaten der Deutschen Volkspartei in Frage kommen, gebeten, aus der Vereinigung auszutreten, um ihnen Gewissensbisse zu ersparen. Ueber die Stellungnahme der Vereinigung im Wahlkampfe ist ein endgültiger Beschluß bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Danach scheint die Spaltung endgültig erfolgt zu sein.

Spanischer Militarismus. Madrid, 3. April. „Gazeta“ veröffentlicht das Rekrutenaushebungsgesetz, das eine dreijährige Dienstzeit für alle Wehrfähigen festsetzt und die Aushebung abschafft.

## An die Konferenz der oppositionellen Betriebsräte.

Die Kommunistische Partei begrüßt die Konferenz der revolutionären Betriebsräte. Die Konferenz tritt zusammen in einer Situation, in der das Proletariat, unterlegen im politischen Kampfe gegen die Faschisten, in das Wirtschaftskrisis des Zehn- und Zwölftundentages, der Auslieferung, der Massenentlassungen und vollständiger Rechtlosigkeit hineingezwängt werden soll. Die Komm. Partei ist sich ihrer Verantwortung, ihrer historischen Aufgabe in dieser Schicksalsstunde der Arbeiterklasse wohl bewußt, und wird die Massen in dem Kampfe führen.

Speziell das Waldenburger Proletariat steht vor einer schweren Entscheidung:

Soll es die Einkundenschicht, die der Schiedsspruch vorzieht, slavisch hinnehmen oder den Kampf beginnen?

Es ist der revolutionären Betriebsräte Aufgabe ist es, diesen Kampf vorzubereiten: Ihr müßt in Belegschaftsversammlungen die Arbeiter zum Widerstand gegen das Sklavenabkommen aufrufen. In Resolutionen muß eure Kampfbereitschaft zum Ausdruck kommen und der Schiedsspruch einmütig verworfen werden. Die Vorbereitung zu einem allgemeinen Betriebsrätekonferenz gilt es zu treffen. Das Waldenburger und das ober-schlesische Revier müssen zu einheitlichem Kampf zusammengefaßt werden.

Bei aller Selbständigkeit und Aktivität dürfen die Betriebsräte jedoch den Gewerkschaftsführern nicht die Aufgaben abnehmen, die zu erfüllen die Arbeiter sie auf ihre Forderungen gestellt haben. Fördert die Gewerkschaftsführer auf, klar und bestimmt, in den Belegschaftsversammlungen euch Rechenschaft abzulegen! Fordert sie auf, einen allgemeinen Betriebsrätekonferenz einzuberufen! Fordert sie auf, die Führung im Kampfe zu übernehmen, wenn er entbrennt. Erst wenn diese Verräter auch diesmal sabotieren und desertieren sollten, müßt ihr als Betriebsräte die Führung ergreifen.

## Kein Hammer Schlag nach acht Stunden.

Kommt die Ausherrung, dann kommt der Kampf. Wir nehmen den Fehdehandschuh auf.

Wägen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer unsere Kampfbereitschaft als „kommunistische Hege“ und „Wählbarkeit“ beschreiben. Wir Kommunisten sind stolz darauf, in dieser Entscheidungssunde, in der die Verräter die Arbeiterfront verlassen, bei den Proletariern zu stehen und mit ihnen zu kämpfen, allen Gefahren zum Trotz.

Es leben die revolutionären Betriebsräte!  
Es lebe das einige Bergproletariat!  
Es lebe der Kampf!

Bezirksleitung der KPD, Schlessen.

## Die Ubertagearbeiter verlassen nach acht Stunden die Werkstellen.

Einen argen Aprilscherz erlaubte sich die Direktion der Kupfergrube in Neu-Weißstein gegenüber der Belegschaft des Tagebetriebes, welche große Erbitterung gegen die Gruben-gewaltigen hervorrief. Es wurden am 1. April von der Direktion Befehlsanweisungen ausgehängen, welche besagten:

Ab morgen tritt die verlängerte Arbeitszeit von 11 Stunden in Kraft.  
Frühlicht von 6 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags, Mittaglicht von 5 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachts. Am 2. April mochte sie wohl schon unsicher geworden sein und gab einen Aus-hang heraus, in dem es heißt: Der Schiedsbruch über die verlängerte Arbeitszeit ist gefallen und die Belegschaft auf-gefordert, die befristete Arbeitszeit innezuhalten. Sa-mal ja — abgesehen von den Jugendlichen — eine Erhöhung des Lohnes von 11 bis 12 Prozent damit verbunden ist. (Also sage und schreibe für drei Stunden 35 Pfg. Lohn!) Die Belegschaft wußte, was auf dem Spiele stand und wollte es anders. Die Frühlicht versammelte sich am 1. April nach-mittags und beschloß, mit 8 Stunden die Arbeit zu beenden.

Als am anderen Tage, um 2 Uhr, — mit Ausnahme eines Stahlfeldmannes — die Arbeiter nach der Kontrollmarke kamen, erklärte der Bergverwalter: Heute soll es noch einmal durchgehen, aber morgen wieder nur 8 Stunden arbeit, bekommt Freitag die Wätere.“ Niemand hörte sich um sein Gequassel. Von der Mittag- und Nachlicht hatten sich doch viele verhalten lassen und kamen erst um 5 Uhr nach. Als sie jedoch hörten, wie die Frühlicht gehandelt hatte, gingen sie alle um 10 Uhr abends mit den anderen nach Hause und leisteten somit statt 11 nur ganze 8 Stunden Arbeit. Dadurch können die Grubenbarone sehen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, kampflös den Achtstundentag preiszugeben. Den Gewaltigen zur Mahnung, den Augen nicht zu stechen zu lassen. Druck erzeugt Gegendruck!

## Montanonzernern und Micum gegen die Bergarbeiter.

(Rf.) Am 15. April laufen die Micumverträge, die Verträge, die die französische Montan- und Schwerindustrie mit den einzelnen Gruppen der deutschen Schwerindustrie abgeschlossen hat, ab. Sie müssen erneuert werden. Zur selben Zeit sollen die Verhandlungen der Reparationskommission mit Deutschland über die Annahme der Vorschläge zur Uebergabe der Macht an die internationalen Montanonzerngruppen stattfinden.

Wiederum unternehmen die deutschen Montanonzern eine Aktion. Die ganze von ihr abhängige Presse — und das sind 99 Prozent aller deutschen Zeitungen — sagt über die Untragbarkeit der Micumlasten. Auf den Sitzungen der Verbände der Schwerindustrie ergehen Protestresolutionen. Die Funktionäre der deutschen Montanonzern, die deutschen Reichsminister, befinden in ihren Reden, daß die Regierung keinerlei Gefahr für die Lieferungen der deutschen Schwerindustrie leisten könne, daß die Regierung eine Verlängerung der Verträge ablehnen müsse. Die deutsche Schwerindustrie versucht, künstlich eine ähnliche Atmosphäre zu erzeugen, wie vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Montanonzern versuchen einen neuen nationalen Kummel aufzutreiben, das Schredgespenst einer neuen Ruhrbesetzung wird aus der Rumpfkammer hervorgeholt. Es geht die gleiche Linie aus von dem gelbigen Faschistenrummel mit der Leiche des im französischen Gefängnis für die deutsche Schwerindustrie Gestorbenen, den Reden, die Herr Jarres in Sagen hielt und den Verhandlungen, die ineffizient in Paris und in Düsseldorf von den deutschen Montanonzernern und der Micum geführt werden.

Die deutsche Schwerindustrie weiß genau, daß, so groß das Geschäft des passiven Widerstandes, das größte Geschäft seit Kriegeszeiten, war, sie es nicht wiederholen kann. Zu eng ist sie mit dem Netz der internationalen Montanonzernverträge verknüpft, zu sehr ist sie an den internationalen Abmachungen über die Reichseisenbahnen, über das Gold der Reichsbank, über die Monopole beteiligt. Wenn sie mit dieser Farce der Drohung eines erneuten passiven Widerstandes bei ihren bereits mit ihnen zu einer Interessengemeinschaft verschmolzenen veränderten französischen, englischen und amerikanischen Partnern etwas erreichen will, so nur eine bessere Quote innerhalb der internationalen Montanonzern bei der Beteiligung an den Reichseisenbahnen usw. Die Zeitung der französischen Metallindustrie, und zwar der Wendelschen Gruppe, hat ihre Absicht richtig gekennzeichnet, wenn sie schreibt: „Die deutschen Industriellen haben lediglich die Absicht, ein Geschäft zu machen. Sie glauben, auf Grund der Schwankungen der inter-alliierten Beziehungen unter besseren Bedingungen verhandeln zu können, als die sind, die die Sachverständigen anbieten werden.“

Welches sind diese Bedingungen? Während der Bergbau im Ruhrkohlengebiet etwa zwei Drittel seiner Produktion aufgenommen hat, steht der größte Teil der deutschen Eisenwerke still, sind nur wenige Hochofen angeblasen. Die deutsche Schwerindustrie will eine stärkere Heranziehung der deutschen Eisenproduktion, sie will innerhalb der internationalen Montanonzern einen größeren Anteil an dem Absatzmarkt ausfinden bekommen. Das ist es, wenn die „Kölnische Zeitung“ als Lösung der Streitfrage schreibt: „Eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten zwischen der Ruhrindustrie und der französischen Industrie zu schließende freie Vereinbarung über den Austausch von Ruhrkohle und Minette wäre für beide Teile von großem Vorteil.“

Die deutschen Montanonzern machen dauernd Versuche in dieser Richtung und sie werden sie auch in Zukunft weiter machen. Aber zu eng sind sie bereits wirtschaftlich an die internationalen Gruppen gebunden, zu verlockend ist auch selbst nur der Teil der Herrschaft über die Reichseisenbahnen den die internationalen Gruppen ihnen einräumen, als daß sie an dem Mehr oder Weniger der Beteiligung einen ernsthaften Streit herbeiführen. Aber um anderes geht es ihnen: den ihnen bei der Einbeziehung in die internationalen Gruppen vielleicht entgehenden Teil ihres Profites gebeten sie in erhöhtem Maße durch verschärfte Ausbeutung des Proletariats wieder zu erlangen. Sie wollen dem Ruhrproletariat eine weitere Verlängerung des Arbeitstages, die 8 1/2-Stunden-Schicht, aufzwingen. Sie wollen es dazu bringen, für einen noch niedrigeren Lohn Fronarbeit zu leisten. Deswegen veranstalten sie diesen groß angelegten Film eines Streites mit der Micum. Alle Minen lassen sie springen. Der eine Teil ihrer Agenten, die Wälfischen, lassen die nationalistischen Saiten spielen, und der andere Teil, die reformistischen Gewerkschaftler, blasen in das Horn der Montanonzern. Der Bundesvorstand des AOB hat mit dem dritten Teil, der Reichsregierung, verhandelt, der Bergarbeiterverband mit der Micum; und der Bundesvorstand, die Zeitung des Bergarbeiterverbandes, haben bestätigt, daß die Gassen, die der deutschen Schwerindustrie auferlegt werden, so schwer seien, daß sie sie nicht tragen können. AOB und Bergarbeiter

Verband wurde von den Montanbergwerken die Aufgabe erteilt, Arbeiterkraft auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung vorzubereiten, indem sie die Untragbarkeit der Lasten bestärken sollen. Die Meum und die deutschen Schwerkapitalisten verlangen, daß die deutsche Arbeiterkraft allein die Lasten der Beiträge tragen soll, und die Gewerkschaftler betonen, daß die Arbeiterkraft nichts anderes tun kann, als zum Nutzen der deutschen und internationalen Montanbergwerke sich verständig ausbeuten lassen. Sie helfen den Montanbergwerken in der Vorbereitung ihres Angriffs auf das Proletariat, der mit dem Termin des 1. Mai beginnen soll 8 1/2-Stunden-Schicht unter Tag, 12 und 14 Stunden über Tag, bei weiter verminderten Löhnen, das ist die Lösung.

Das Proletariat des Rhein- und Ruhrgebiets denkt nicht daran, seine Ausbeutung zu Akzeptieren und die deutschen und internationalen Montanbergwerke verschärfen zu lassen. Bedenkt man, daß sich zum Abwehrkampf zu formieren. Am 31. März hat in Dörmum eine Konferenz von Schachthöhlen aus 50 Schachtanlagen stattgefunden. Die Konferenz stellte fest: Die Bergarbeiter sind nicht gewillt, die ihnen vom internationalen Kapital auferlegten Lasten geduldig weiter zu tragen. In allen Schachtanlagen müssen sofort alle Vorbereitungen getroffen werden, um den Kampf für die Wiedererlangung der Siebenstundenschicht und die Wiedererlangung der Friedensrealität in kürzester Zeit aufzunehmen.

Das englische Proletariat in den Kohlenruben steht vor einer riesigen Bewegung. In kurzer Zeit wird das englische Proletariat zum Abwehrkampf gegen die englischen Montanbergwerke aufstehen. Die internationale Front der Bergarbeiter wird geschlossen werden. Der Abwehrkampf der Ruhrarbeiter gegen die erneute Offensive der Montanbergwerke und ihr Angriff auf die Wiedererlangung der Siebenstundenschicht und der Friedensrealität wird das Signal sein für das gesamte deutsche Proletariat, den Kampf aufzunehmen.

### Massentreits der englischen Arbeiterkraft.

**Über 2 Millionen Arbeiter in Aktion.**  
London, 1. April. Der vorläufig abgeschlossene Streik der Londoner Transportarbeiter war nur ein schwacher Auftakt eines großartigen Kampfes um eine allgemeine Lohnhöhung, die von allen Kategorien der englischen Arbeiterkraft stützlich fordert wird. In allen Industriezweigen ist die Bewegung im Gange, die Arbeiter haben ihre Forderungen gestellt und fordern den Streik für die Erzielung derselben.

Gegenwärtig spüren sich die Konflikte der verschiedenen Arbeiterkategorien täglich an. Nachdem die Vorschläge der Schiffbauarbeiter in Southampton von der Arbeiterkraft zurückgewiesen wurden, wurde die allgemeine Anstrengung aller Schiffbauarbeiter (100 000 A.B.) beschlossen. Auch andere Kategorien der Maschinenarbeiter, insgesamt eine halbe Million, sind in den Konflikt mit einbezogen.

Die Bergarbeiter haben die Vorschläge der Grubenbarone ebenfalls abgelehnt. Da die radikale „Arbeiterbewegung“ (revolutionäre Gewerkschaftsopposition) eben bei den Bergleuten sehr stark ist, ist hier mit einem zähen Kampf zu rechnen. 800 000 Bergarbeiter in Betracht.

In der Bauindustrie ist die Situation ähnlich. Die Gewerkschaft, die 220 000 Bauarbeiter umfaßt, hat die Lohnvorschläge der Unternehmer zurückgewiesen.

Die Kohlenräuber in den Häfen haben bereits einen „wilden Streik“ begonnen.

Die Eisenbahnarbeiter der Westküste (17 000) haben Lohn- und Arbeitszeitforderungen aufgestellt, die aller Wahrscheinlichkeit nach zum Streik führen werden. Ähnlich steht es bei den Textilarbeitern (50 000). — Zusammen genommen stehen über zwei Millionen Arbeiter vor den ersten Kämpfen. Wenn man die Familien dieser Arbeitermassen hinzunimmt, kämft die Millionen von den bevorstehenden Konflikten unmittelbar betroffen sein.

Sehr beachtenswert ist die Haltung der regierenden Arbeiterpartei und der reformistischen Gewerkschaftsverbände. Vor allem gehen sie auf eine Zerstückelung der Kräfte aus. Anstatt durch einen großartigen, gleichzeitigen in allen Branchen einsetzenden Generalstreik die Schlichter zu schlagen, führen sie verzeigte Verhandlungen, legen die Kampfstermine möglichst so fest, daß eine Arbeiterkategorie nach der anderen abkämpft. Die Regierungsorgane sind in einer peinlichen Lage: Von der Arbeiterkraft wird förmlich gefordert, daß sie sich zunächst auf die Seite der Arbeiter stellen. Die diesjährigen Kämpfe haben aber gezeigt, daß die MacDonald-Regierung ein williges Werkzeug der Kapitalhüter ist. Andererseits machen die Kapitalisten der Regierung den Vorwurf, daß sie nicht schnell genug gegen die Streikbewegung auftritt und dadurch die Streikenden ermuntert. Die Regierung wendet sich und sucht im Parlament und ihrer Presse nachzuweisen, daß sie an den Konflikten völlig unschuldig sei und alles daran setze, um sie „friedlich“ beizulegen. Die diebstahlartige Verlegung ansieht, haben die englischen Arbeiter und Gewerkschaftler schon erlebt. Die Drohung mit dem Ansehensverlust der Transportarbeiter war der beste Beitrag dazu.

**London:** 10 000 Bauarbeiter, die bei der großen englischen Streikbewegung beschäftigt sind, sind in den Streik getreten. Die englischen Fluggesellschaften haben den Streik beschlossen.

**London, 2. April.** Die Fluggesellschaft hat heute vom Flughafen London nicht abgegangen, weil Luftkranke Personen zwischen dem Personal und der Besatzung ausgebrochen sind.

### Die Londoner Streiks und die Arbeiterregierung.

**London, 3. April.** Die Polizei hat gestern in den im Ausstellungsgelände von Rembles eingeschlossenen Streik eingekerkert. Ein hartes Polizeiaufgebot von 500 Mann traf dort zum Schutz der Arbeitsschlichter ein. Die Polizei ist heute jedoch eine Versammlung der Streikenden auf. Im Lufthafen London, wo die Flieger in den Ausflügen getreten sind, liegt heute noch alles still.

### Streiks in Frankreich.

**Paris:** Die Arbeiter haben sich für den Streik erklärt. Die Mobilisten in Paris sind wegen Populärer Anstrengungen ausgetreten. In Lille sind 20 000 Metall- und Textilarbeiter.

### Die deutsche Fluggesellschaft in Wien.

**Wien, 2. April.** Die Reparationskommission hat in Wien 100 Millionen Kronen Staatsgelder, die aus Verkauf von Eisenbahnen kommen, für sich beschlagnahmt.

## Kapitalistisches Gleichgewicht.



### Erinnerungsblätter.

Allwetter, den 26. September 1916.  
Sechster Vorstand!

Der ergebene unterzeichnete Vertrauensmännern aus 1. Hauptstadt hat, erneut eine bringende Bitte zu unterbreiten. Die Zeichnungen zur 5. Kriegsanleihe sind hierorts leider bisher nur spärlich erfolgt. Es drängt uns daher, Sie nochmals zu bitten, mit allen Mitteln die Sammelzeichnung der 5. Kriegsanleihe mit demselben Eifer fördern zu wollen, wie bei der 4. Kriegsanleihe. Unter Heberführung einer Zeichnungsliste und einer Anzahl Darstellungen bitten wir, eine Mitgleberverpflichtung einzuführen und den Mitgliedern die Beteiligung durch Aufklärung von irrigen Ansichten und Meinungen warm empfehlen zu wollen. Sollte es erwünscht sein, daß ein Redner die Veranlassung besprechen sollte, so wollen Sie einen diesbezüglichen Antrag bald an uns stellen. Jede kleine Zeichnung ist willkommen und hilft dem Sieg erringen! Darum frisch ans Werk!

**Hochachtungsvoll**  
Der Vertrauensmännern-Ausschuß:  
Feigel, Karbolla, Meibel, Mikolans, Sitta.  
**Am 4. Mai ist Zahlung!**

### Der Mietkäufer beschloffen.

Der Preussische Landtag hat am Montag eine Mietsteuer in Höhe von 16 Prozent der Friedensmiete beschlossen. Die Sozialdemokraten wollten erst ihre Zustimmung davon abhängig machen, daß diese unsozialistische aller Steuern zu Wohnungsbauzwecken reiflich verwendet wird und daß außerdem keine weitere Erhöhung der Mieten erfolgt. Vom Ministerium wurden in dieser Beziehung keinerlei verbindende Erklärungen abgegeben. Trotzdem stimmten die Sozialdemokraten mit den anderen bürgerlichen Parteien für die Mietsteuer. In Berlin werden also für April 17 Prozent der Friedensmiete zu zahlen sein.

Die Freunde der Mietsteuer haben nun wenigstens noch vor den Wahlen gezeigt, daß sie alle Lasten auf die Schultern der Erwerbstätigen legen wollen. Sie haben dabei weder auf die Erwerbslosen noch auf die Rentempfänger Rücksicht genommen. deren Einkommen jetzt nicht einmal für die Bezahlung der Wohnungsmiete ausreicht wird. Die Arbeiterkraft wird den bürgerlichen Parteien ebenso wie der Sozialdemokratie, die mit dieser neuen Belastung ihre völlige Herabwürdigung herbeiführen, den härtesten Kampf entgegen.

### Der 1. Mai bleibt unser — auch ohne Genehmigung.

**Berlin, 2. April.** Das Reichskabinett beschloß, daß in den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, auch in den Reichsbehörden und -diensten auf die Paradeschließung Rücksicht zu nehmen ist. In den Ländern, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter Antrag um die Befreiung zu stellen, dem grundsätzlich, sofern nicht die Fortführung des Dienstbetriebes in Frage gestellt wird, zu entsprechen ist.

### Der englische Himmel und die russische Hölle.

oder  
Jeder blamiert sich, wie er kann.

Conjunctivland ist von einer neuen Intervention Gefahr bedroht. Es gilt für die Bourgeoisie, die nötige Stimmung zu erzeugen. Die Schlesiische Zeitung erfüllt diese Aufgabe klug und geschickt. Die „Volkswacht“ macht es nicht nur klug, sondern auch nicht minder geschickt. In einer Situation, in der Conjunctivland durch das Mißverhältnis zwischen dem erwarteten Nutzen der Industrie und dem verhältnismäßig langsamen Fortschritt in der Landwirtschaft das eine betrübliche Arbeitslosigkeit betroffen wurde, und dadurch verschiedene Maßnahmen, wie z. B. Verbot jedes Zugangs nach den Industrieregionen, Preisermäßigung usw., mit Erfolg versucht, die Arbeitslosigkeit wieder einzudämmen, phantasiert die „Volkswacht“ vom Steigen der Arbeitslosigkeit in Russland und von weiter erweiternden Bewegungen der Arbeitslosenmassen gegen die Conjunctivmacht. Dem stellt sie das englische Paradies gegenüber, in dem 2 Millionen Arbeiter gegenwärtig in einer Streikbewegung stehen. Das zeigt doch davon, daß die englische Arbeiterregierung geradezu ideal für die Arbeiterkraft und die russische bolschewistische Regierung rein kapitalistisch und arbeiterfeindlich ist.

**Sucht für Jaskisten!** Dresden, 3. April. Das Ministerium des Innern hat das Verbot des deutschnationalen Jugendbundes aufgehoben.

## Betriebsratswahlen im Ruhrkohlengebiet.

52 Schachtanlagen.		
Union	42 328	Stimmen
Bergarbeiter-Verband	10 953	"
Christliche	17 797	"
Sirische	1 271	"
Polen	1 835	"
Syndikalisten	769	"
Unorganisierte	490	"
D. M. V.	401	"
Gelbe	78	"

  

48 Schachtanlagen.		
Union	308	Betriebsräte
Bergarbeiter-Verband	115	"
Christliche	106	"
Sirische	4	"
Polen	3	"
Syndikalisten	8	"
D. M. V.	1	"

### Der Aufbau der Betriebszellen.

In der Partei ist mehr als genug über die Notwendigkeit des Aufbaues der Betriebszellen gesprochen und geschrieben worden. Die Wohnorganisation der SPD. wurde sehr richtig als ein sozialdemokratischer Ueberrest gekennzeichnet. Die Schwierigkeiten fangen erst dort an, wo aus der ideologischen Umstellung der Partei die organisatorischen Konsequenzen gezogen werden sollen. Man begegnet hier zweierlei Einwänden, mit denen jene halbe Sozialdemokraten in unseren Reihen (die sich auch „links“ schimpfen) den Rückbau bzw. die Verzögerung im Aufbau der Betriebszellen zu rechtfertigen versuchen. Das eine ist die augenblickliche große Arbeitslosigkeit gerade in unseren Reihen und gerade unter den besten Funktionären, das andere die angebliche Unbeständigkeit der Parteileitung, wenn diese grundsätzlich aus den Leitungen der Betriebszellen zusammengekehrt würde, weil in den meisten Betrieben eine große Missituation der Belegschaft vorhanden ist.

Unser Einfluß und unsere Kraft beruht hauptsächlich auf unserer Fähigkeit, die Betriebe zu mobilisieren. Sind wir hierzu nicht imstande, so wird unsere ganze Propagandaarbeit nur halbe Erfolge erzielen. Je weniger und schlechtere Genossen wir in den Betrieben haben, um so schlechter wird unsere Betriebsarbeit und damit überhaupt der Einfluß und die Macht der kommunistischen Partei sein. Gerade wenn diese wenigen schwankenden Genossen, die der Unternehmer im Betrieb lieb oder wieder aufnahm, keinen Zusammenhang miteinander und keine Verbindung mit der Partei haben, werden sie noch mehr schwanken und die Partei diskreditieren. Nur dadurch, daß wir sie als Betriebszelle zusammenfassen, werden wir ihre Aktionsfähigkeit und ihr Selbstvertrauen stärken und ihnen die Möglichkeit geben, auf Grund eines Austausches der Erfahrungen in den einzelnen Abteilungen des Betriebes nach einem einheitlichen Kampfplan vorzugehen und eine Macht wie vordem zu werden.

Aber die besten Genossen liegen doch draußen, entgegnet man uns. Gewiß! Aber gerade in der Wohnorganisation werden die Fähigkeiten und Kenntnisse derjenigen Genossen, die wegen ihrer revolutionären Tätigkeit gemahregelt wurden, gar nicht ausgenutzt, wenigstens dort nicht, wo es notwendig wäre, nämlich im Betrieb. Gerade durch Loslösung vom Betrieb und das wirtschaftliche Elend, das die Erwerbslosigkeit mit sich bringt, verlieren selbst die besten Funktionäre den Halt und werden indifferent oder gehen, im schlimmeren Falle, zu den Anarchisten und Syndikalisten oder gar zu den Sozialdemokraten über. Es existiert kein Statut der SPD. über Betriebszellenaufbau, in dem der Ausschluß der erwerbslosen Genossen aus der Betriebszelle verlangt wird. Umgekehrt wird ein guter Funktionär gemahregelt, in einem Betrieb, in dem noch keine Zelle besteht, oder bricht die Betriebszelle durch seinen Weggang zusammen, so wird man gerade den gemahregelten Genossen mit dem Aufbau bzw. Neuaufbau der Betriebszelle beauftragen. Auf diese Weise wird zweierlei erreicht: erstens wird der Betriebszelle eine gute Kraft erhalten, zweitens wird der betreffende Genosse selbst vor der Indifferenz bewahrt.

Hiermit kommen wir auch auf den zweiten Einwand: „Die Parteileitung darf nicht mit der Betriebszellenleitung übereinstimmen, weil die Belegschaften in Deutschland meistens stark fluktuieren und infolgedessen auch die Zusammenfassung der Betriebszellen und der Betriebszellenleitung sich zu oft ändert. Dieser Einwand erledigt sich schon damit, daß wir unbedingt die erwerbslosen Genossen zur Betriebszellenarbeit heranziehen müssen. Ist es ein wirklich guter Funktionär, so wird er nicht die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsort scheuen und sich nicht mit solchen Ausreden vor der Teilnahme an den Betriebszellenführungen drücken. Tut er es dennoch, dann heraus mit ihm aus der Partei! Denn wir brauchen keine Dummknie. Ein Genosse, der nicht fähig und willens ist, eine Betriebszelle aufzubauen, taugt nicht zur Leitung der Partei. Damit wird der Einwand widerlegt, durch den Betriebszellenaufbau, wie ihn die Zentrale der SPD. vorschreibt, würden die guten Genossen aus den Distrikten und aus den Leitungen entfernt und ausgeschaltet. Verstehen die Distriktsführer nicht, den Betriebszellenaufbau durchzuführen, so eigenen sie sich eben nicht als Führer der SPD.

Aber selbst die Fluktuation zugegeben, — was ist vorzuziehen: ein Bezirksleiter, der 30 Jahre in derselben Straße, im selben Hause, bei derselben Frau schläft, jede Aneignung, jedes Kino, jede Familie kennt, aber ohne Verbindung mit den Großbetrieben ist, oder eine Zellenleitung, die vielleicht mandamental wechsell, aber den Großbetrieb nicht nur kennt, sondern beherrscht, die richtigen Parolen auszugeben und durchzuführen imstande ist, und deren Tätigkeit dort, wo sie entscheidend ist, nämlich im Betrieb, jederzeit nachkontrolliert werden kann?

Wenn manche unserer Genossen auch heute noch überall mit dem Vergrößerungsglas herumlaufen, um in der Partei „opportunistische Schweineereien“ zu entdecken, auch dort, wo keine sind, so sei ihnen empfohlen, den Betriebszellenaufbau durchzuführen. Denn die Betriebszelle wird die beste Sicherung der Partei sowohl gegen opportunistische Fehler, als auch gegen „radikale Kinderkrankheiten“ sein.

Wittwasser. Wer im Glashaus sitzt... In der Wollage Nr. 77 der „Schleifischen Bergwacht“ steht ein Artikel „Oppositionelle Petition“...

„Schwarz-weiß-rot“ unter polizeilichem Schutz. Auf dem Königsplatz, am Sockel des Bismarckdenkmals sind dieser Tage von reaktionären und faschistischen Verbänden eine Anzahl Kränze niedergelegt worden...

Nach kurzer Beratung erlachte das Gericht auf Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse. Genosse Dombrowski, der sich in Transporthaft befand, wurde auf Freispruch gesetzt.

Aus Betrieb und Werkstatt.

Segen Gottes. Große Kapitalistischer Kohlenliebhaber. Um am Profit keinen Schaden zu erleiden, und gefüllte Wagen auf die Ladebühne zu bekommen, wurde durch den Assessor Brandts angeordnet...

Eine zusammengebrochene Staatsaktion.

Am 24. März d. J. hatte sich Genosse Dombrowski der Strafkammer Ratibor zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt in einer Versammlung, die am 12. 9. 23 in Ratibor stattfand, drei Verbrechen begangen zu haben:

- 1. Beleidigung des Bürgermeisters Piontel.
2. Aufforderung zur Gründung verbotener Hundertschaften.
3. Aufreizung zum Klassenhaß.

Als Kronzeuge der Staatsanwaltschaft erschien ein Kriminalbeamter, der jener Versammlung beigewohnt und nach Schluß derselben einen Bericht nach dem Gedächtnis niedergeschrieben hatte. Da das Gedächtnis schlechter war als seine politischen Kenntnisse...

So sieht die Ratiborer Justiz aus! Gestern abend veranstaltete die KPD im großen Saale des Schießwerders ihre jährliche Wochenversammlung...

Sellmann vor dem Arbeitergericht. Gestern abend veranstaltete die KPD im großen Saale des Schießwerders ihre jährliche Wochenversammlung, die wieder zu 51 Prozent von Kommunisten besucht war...

Zulassung. Prügelstrafe. Mit welcher Raffinerie und Frechheit heutzutage die Kapitalistenrechte gegen uns Arbeiter vorgehen, zeigt folgender Vorfall:

Während des Schichtwechsels ist es auf unserer Schichtanlage üblich, daß Kämpfer, welche vor einer Vertikalisierung arbeiten, am Schacht auf einander warten, um sich gegenseitig zu verfrachten. Am genannten Tage wartete auch der Herr M. Frey auf seinen Kameraden, und der Bergverwalter Wachter kam dazu...

So soll Genosse Dombrowski nach dem Bericht des Beamten geduldet haben, daß der Bürgermeister für die Arbeitslosen nichts anderes übrig habe als blaue Bohnen. (Fest steht dagegen, daß Gen. Dombrowski gesagt hat: Die bürgerliche Gesellschaft habe für die Arbeitslosen nichts anderes übrig als blaue Bohnen.)

Trotz aller Versuche des Staatsanwalts aus der angeführten Beleidigung eine Staatsaktion zu machen, wurde nach einer Erklärung unseres Genossen der Strafantrag des Bürgermeisters zurückgezogen.

Es ist charakteristisch, daß der Staatsanwalt sich alle Mühe gab, den Bürgermeister zu einer Aufrechterhaltung des Strafantrages zu bewegen.

Recht interessant gestaltete sich die Verhandlung über den zweiten Punkt der Anklage. Der staatsanwaltliche Kronzeuge behauptete anfangs, Genosse Dombrowski habe nicht nur zur Gründung von proletarischen Hundertschaften (sondern zum bewaffneten Sturz der Regierung) aufgefordert.

Sämtliche anderen Zeugen befanden, daß sie diese Aussage nicht gehört haben. Nach einem Kreuzfeuer von Fragen, die der Verteidiger Rechtsanwalt Simon stellte, verwickelte sich die Staatsklage immer mehr in Widersprüchen.

Die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß mußte dagegen selbst vom Staatsanwalt fallengelassen werden.

Die Sozialdemokraten haben wirklich Recht mit ihren Reserven, dem jeder, der während des Wahlkampfes in Breslau erschien, kam mit schmutzigem Druckfuß. Jetzt wieder Sellmann, der während des Weltkrieges in Patriotismus machte, der sich seinen Weg zu Hindenburg bahnte...

Unter Genosse Straß erzielte deshalb auch schallendes Beifall, als er den KPD-Führern das Recht abschrieb, über die Maßnahmen der bürgerlichen Klasse gegen das revolutionäre Proletariat kritisch zu sprechen. Die KPD-Führer tragen die Verantwortung an der gegenwärtigen Justizschmach...

Sine persönliche Anempfehlung des Demagogen Birnbaum, der von einem seiner Genossen etwas gehört hatte, was diesem von einem anderen hörte, war nicht imstande, unseren Genossen Ritzdorf zu kompromittieren...

Schließlich hat ein Demokrat der Sozialdemokratie die Bruderhand, weil er keinen Unterschied in beiden Organisationen erkannte.

Am Ausgang des Saales waren Schupomannschaften mit einem Offizier (!) poliert und im Saale suchten die Hundertschaften der KPD nach Betätigung. Die oft in ordentlichster Form zur Ausbildung kam, wenn die Versammlungsteilnehmer sich Zwischenrufe erlaubten...

DIE REBELLEN

Von P. E. Dybenko. (In Buchform erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

Zur Untersuchung des Vorgefallenen wurde eine Kommission von der Regierung entsandt, die auf dem „Petropawlowski“ ankam und die Herausgabe der Mörder forderte. Das, was von dem Zentrobalk übriggeblieben war — die Liquidationskommission — erzielte ihre Zustimmung hierzu. Aber die von der Menschheit der „Republik“ unterführten Matrosen des „Petropawlowski“ weigerten sich kategorisch, den Befehl auszuführen...

Armee weigerten sich entschieden, den Befehlen der Regierung nachzukommen.

Von diesem Augenblick an geht die Macht in der Flotte faktisch in die Hände des Zentrobalk über, in einzelnen finnischen Bezirken aber — in die Hände der neu gewählten Sowjets, in denen die Menschewisten und rechtsstehenden Sozialrevolutionäre jetzt gar keine Rolle mehr spielen. Die Kommissare der Koalitionsregierung wurden aus der Flotte und aus Finnland verjagt. Die zur Unterdrückung des Zustandes nach Finnland geänderten Kolonnen wagten es nicht, sich auf den Straßen zu zeigen...

II.

Der Kornilow-Aufstand und die verwickelte, unklare Rolle Kerenskijs bei dieser Bewehrung untergruben bei den Matrosen endgültig die Autorität nicht allein der Koalitionsregierung, sondern auch der Menschewisten und Sozialrevolutionäre. In Meetings und Versammlungen ließ man sie überhaupt nicht mehr zu Worte kommen. Die Stimmung der Seeleute der baltischen Flotte wurde mit jedem Tage gespannter. Mißtrouen an den einzelnen Fronten, Gerüchte von einem bevorstehenden allgemeinen Angriff der Deutschen auf Wasser und zu Lande wucherten in den Köpfen der Massen die Vorstellung von einem möglichen Verrat der Regierung und der Bourgeoisie. Diese Befürchtungen wurden ganz besonders dadurch verstärkt, daß die Regierungs-Kommissare offen davon sprachen, daß es für die Revolution besser wäre, die baltische Flotte den Deutschen anzuverkaufen...

renschs Behauptungen — die Flotte sei ein Verräter an Vaterland und Revolution, arbeitete der Zentrobalk fleißig an der Festigung der Flotte; er erteilte Aufträge an die deutschen, französischen und englischen Seeleute, in welchen er sie dazu aufforderte, die blutigen Kriegsschiffe zu flüchten und unter dem roten Banner zu treten. Aber in diesen Aufträgen wurde auch betont, daß im Falle einer Angriffs der deutschen Flotte auf die Zitadelle der Revolution, die Seeleute der Baltischen Flotte den letzten Mann kämpfen würden...

Meeting und überhaupt jedes müßige Gerede nahmen plötzlich ein Ende. Die Befehle des Zentrobalk und des Kommandeurs der Baltischen Flotte wurden ohne Widerspruch durchgeführt. Auf den Schiffen herrschte feste Disziplin. Alle führten sich als Posten der Revolution und alle hielten treu ihre Wache. Als ein bemerkenswertes Beispiel für die bewachte Disziplin und das Verständnis für die Pflicht dient ein Fall in Helsingfors. Die Verladung der Schiffe besand sich nach Beendigung der Arbeit an Land. Um acht Uhr abends traf aus Ibo ein Telegramm ein: Eine deutsche U-Bootflotte sei in der Richtung nach Helsingfors über Ibo geflogen und habe Bomben auf die Stadt geworfen. Gleichzeitig kam von den Wachtschiffen ein anderes Telegramm, in dem mitgeteilt wurde, daß ein deutsches U-Bootboot angeht worden sei. Auf den Schiffen wurde Alarm gegeben. Die Matrosen und Schlepper eilten mit Granatgewehren zum Meer. Nach Minuten später gab es in der ganzen Stadt keinen Lärm mehr. Alle waren bereits auf ihren Schiffen, alle eilten, um die Posten einzunehmen. Am nächsten Tage wurde ein Befehl erteilt (nicht von der Regierung, denn dies sollte es für die Flotte nicht mehr), der alle kriegsreifen Bootsanlagen der Flotte und die an Land befindlichen Matrosen auf die Schiffe zurückrief. Der Befehl ließ nirgendwo auf Widerspruch und wurde genau durchgeführt.

Die Flotte war in diesen kritischen Tagen durch und durch dem Hype der an sie gestellten militärischen Aufgaben und von dem Bewußtsein ihrer revolutionären Pflicht durchdrungen. In der Tat, auch nur ein geringes Schwanen hätte in der Flotte schon genügt, um die ganze Flotte zu bewegen. Aber die Flotte hat sich besser durchzuführen zu können, dank der Solidarität die zweite Seeleutebewegung der baltischen Flotte am 27. September zusammen.

(Fortsetzung folgt)

# Aus der Provinz.

## Verlorene Schafe.

Ein Gottesberger Bergmann schreibt uns: Solche gibt es im oberen Revier des Waldenburger Berglandes. Wie holen wir diese wieder zurück zu unserer Erde in den großen Hallen? Das ist die Frage, mit der sich die evangelische und katholische Geistlichkeit in unserer Gegend befasst. Sie fanden auch endlich ein Zugmittel, um die verlorenen Schafe wiederzugewinnen. In Zellhammer machte man die Probe auf Gremmel mit einem Bergmanns-Gottesdienst. Einige Schafe mögen dabei doch den Weg zurückgefunden haben und darum wiederholte man das Manöver einige Wochen darauf auch in Gottesberg.

Dass die Schafe ihre Seelenheil im Beschubben nicht geben haben, beweisen die langen, verzerrten Gestalten am Lohntage bei den hohen Lohnresten. Und bald darauf werden sie erkennen müssen, dass kein Herrgott, noch die Stellvertreter Gottes, die Geistlichkeit, auf Erden ihnen ein Heil bringen kann, sondern sie sich das selbst durch Erlösung einer geistlichen Erlösungsmöglichkeit schaffen müssen und zwar auf dem Wege des Klassenkampfes.

Einige Wochen sind seitdem entwichen. Am Lohntage stehen die Bergleute wieder bei ihren Lohnresten, aber nicht umhin sollten sie gebetet haben, denn der Heilige Geist lehrte in Gottesberg ein in Gestalt von drei jungelingeartigen Kirchenliedern. Die Botschaft über deren Ankunft verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Stadt. Man hätte fast meinen können, bei dem Festzuge, der durch veranstaltet wurde, der Herrgott sei in leibhaftig eigener Person in Gottesberg, der höchsten Stadt Preußens, abgestiegen. Soweit mir die Kunde der Lehre Jesu von der Schulzeit aus noch in Erinnerung ist, behaupte ich, dass selbiger gehedigt haben würde, das Geld der Löhnen unter die Armeisten der Armen an die Jungfrauen zu verteilen. Wieviel Geld hätte auch damit wieder gehoben werden können? Über die Geistlichkeit braucht diesen Lobans, um recht viel Schafen wieder in ihren Stall zurückzugewinnen, um daselbst ungehört von den III Kommunisten ihre Propaganda und Agitation für ihre Parteien und christlichen Arbeitsgemeinschaften auszubringen.

Darum, Arbeiter, erkennt zu welchem Zweck und für welche Interessen heute noch die Geistlichen da sind. Besucht endlich die öffentlichen Versammlungen, leset Arbeiterzeitungen, holt überall Aufklärung über die Wege und Ziele der Kommunisten. Sonnabend, den 5. April, findet wiederum eine große öffentliche Volksversammlung im Hotel „Mitt-Nacht“, abends 7 Uhr, statt. Der Referent wird euch sagen, was wir alle zu tun haben, um unser Geld zu befestigen. R. 3.

**Waldenburg.** Die kommunistische Jugend Waldenburg-Dittersbach hatte die arbeitende Jugend zu einer Protestversammlung am Sonntag den 30. 3. aufgerufen. Genosse Alois referierte über das Thema: „Der Kampf der KZ. gegen das Arbeitsdienstjahr“. In fast 14 Stunden zeigte der Referent all das Elend der arbeitenden Jugend auf und schilderte ausführlich die Gefahren des Arbeitsdienstjahres.

In der Diskussion sprachen die Genossen Stiller und Seppel sowie ein Jugendlicher, der sich nicht ganz mit allen Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und der Meinung war, dass man das Arbeitsdienstjahr nicht grundsätzlich ablehnen könne. Es war dem Referenten ein Recht, die Ausführungen des Jugendlichen richtigzustellen.

Mit dem Anfang der Internationale wurde die Versammlung geschlossen, worauf sich auf der Straße ein Demonstrationzug bildete. Im geschlossenen Zuge, mit der Fahnenführung und einem Platz, das das Arbeitsdienstjahr bildlich darstellte und die Jungarbeiter zum Protest aufrief, ging es über den Ring, Ankerstraße, an der Siphilstraße und dem Bergmannshaus vorbei, über Bierhäuser, Freiburgerstraße, Ring und Gottesbergerstraße wo sich der Zug auflöste. In Zellhammer fand ebenfalls am Nachmittag eine Versammlung statt, die nicht so gut besucht war. Hier referierte Genosse Seppel über dasselbe Thema. Die SZ. war zu feige die Versammlung zu belächeln, sondern zog es vor, vor der Tür die Jugendlichen zu zählen die in die Versammlung gingen.

Protestkundem regt sich die arbeitende Jugend zum Protest gegen das Arbeitsdienstjahr, gegen die Bildung einer Streikbrecher-Armee. Überall, junge Proletarier, laßt den Ruf erschellen:

Wir wollen nicht Streikbrecher an unseren Vätern werden, sondern wir wollen mit ihnen kämpfen gegen diese kapitalistische Gesellschaftsordnung bis zum Siege.

„Jung-Voll vom Bau“ gegen das Arbeitsdienstjahr. Eine am Samstag, den 22. 3. stattgehabene Versammlung der Baugewerkschaft nahm Stellung zum Arbeitsdienstjahr. Kollege Sandmann eröffnete die gut besetzte Versammlung, worauf Kollege Piffon über das Arbeitsdienstjahr referierte. Er zeigte die Gefahren auf, die dieses Arbeitsdienstjahr für die arbeitende Jugend bringt, das die Jugend zu Streikbrechern erziehen soll, was wir als Bauarbeiter energig ablehnen müssen. Es wurde dazu folgende Resolution einstimmig angenommen.

### Resolution!

Eine am 22. 3. stattgehabene Bauarbeiterjugendversammlung Waldenburg nahm Stellung zu dem von der Regierung beschlossenen Arbeitsdienstjahr. Die Versammlung ist der Ansicht, daß dieses Arbeitsdienstjahr nur eine Heranziehung einer Streikbrecherarmee bedeutet. Die arbeitende Jugend wehrt sich dagegen, weil sie nicht gewillt ist, ihren eigenen Vätern als

Streikbrecher in den Rücken zu fallen. Die Versammlung fordert deshalb, daß der Baugewerksbund sich dagegen entschieden zur Wehr setzt. Desgleichen fordert die Versammlung, daß das Jugendblatt auf dieser Frage Stellung nimmt und das dazu die politischen Jugendorganisationen (SZ., KZ. und Jungsozialisten) hinzugezogen werden. Nur der gemeinsame Kampf der arbeitenden Jugend gegen diese Schandtat wird es ermöglichen, daß nicht noch mehr die proletarische Jugend in das Elend verwickelt wird. Die Versammlung gelobt, den schärfsten Kampf mit allen Mitteln gegen das Arbeitsdienstjahr zu führen.

Zum 2. Punkt gab Kollege Scholz (Zimmerer) Bericht von der Gesellschaftsversammlung, wo ebenfalls die Arbeitsdienstfrage behandelt wurde. Die Lehrlinge sollen nach dem Jahresabschluss des Unternehmers bezahlt werden. Sie schlagen vor: im 1. Jahre 13 Pfg., im 2. Jahre 18 Pfg., im 3. Jahre 23 Pfg., was vom Gesellschaftsausschuß abgelehnt wurde, sondern die Lehrlinge sollen weiter nach Tarif bezahlt werden.

Kollege Bietler man n erlatete alsdann den Rassenbericht, aus dem zu ersehen war, daß die finanzielle Lage eine schlechte ist. Es wurde darauf beschlossen, die Beitragsmärkte nach oben abzurufen, und die Zimmerlehrlinge sollen 5 Pfg. extra für die Jugendabteilung zahlen. Gleichzeitig wurde eine Pfingsttour in das Riesengebirge beschlossen. Kollege Sandmann schloß die gut besetzte Versammlung in der Hoffnung, daß bald alle Lehrlinge sich der Jugendabteilung anschließen werden, gerade deshalb weil die Unternehmer dazu übergehen, die Lehrlinge welche gewerkschaftlich organisiert sind, nicht mehr zu beschäftigen.

**Waldenburg.** Jugendversammlungen unter polizeilicher Aufsicht. Die kommunistische Jugend Waldenburg hatte für Sonnabend den 29. 3. eine öffentliche Jugendversammlung einberufen, welche lediglich besucht gewesen war, aber um so mehr war der Besuch des Ober-Landjägers und des Ober-Polizeimeisters (Sipo) interessant, denn diese Herren glaubten sich in wühelminische Zeiten versetzt und benutzten die Versammlung, damit die jungen Arbeiter nicht etwa die Revolution

### Berichterstatter!

Wir bitten unsere Berichterstatter, das Papier nur einseitig und möglichst mit Spitze zu beschreiben. Die Unterschrift und die Adresse des Schreibers darf nicht fehlen. Ebenfalls ist stets anzugeben, ob der volle Name der Unterschrift, oder nur die Anfangsbuchstaben, oder gar keine Unterschrift in der Zeitung zu veröffentlichen gewünscht wird.

### Die Reaktion.

machen. Genosse Alois (Waldenburg) schilderte in kurzen Zügen die politische Lage, das Elend der arbeitenden Jugend und behandelte ausführlich das Arbeitsdienstjahr, das weiter nichts bedeutet als die Heranziehung zur Streikbrecherarmee. Gegen diese Gefahr muß sich die Jugend zur Wehr setzen. In der Diskussion sprach der Genosse Kaupach vor der SZ., der verurteilte, die gegen die SZ. gemachten Anwürfe als falsch hinzustellen, und den Beweis erbringen, daß die SZ. auch für die arbeitende Jugend eintritt, leider gelang ihm dieses nicht. Es sprachen noch zwei Genossen der SPD., die dann etwas näher auf die Reichstagswahlen eingingen und beantragten, daß in den Erwachsenen-Versammlungen ein Jugendgenosse die Arbeiter über das Arbeitsdienstjahr aufklärt. Genosse Alois faßte im Schlußwort die Ausführungen zusammen und erinnerte den SZ.-Genossen daran, daß er irgend etwas Positives über die Arbeit der SZ. nicht gesagt hat, sondern nur wie die Sache um den heißen Brei ging. Nach einem Brief wurde die Versammlung geschlossen, die somit ein neuer Ansporn für die weitere Arbeit der KZ. war, und ein Beweis dafür, daß, trotzdem man 3 unserer besten Genossen verhaftet hat, die kommunistische Jugend lebt, trotz alledem. Auch wenn die Polizei die Versammlungen noch so sehr bewacht.

Genossen Jungarbeiter! denkt an die inhaftierten Jugendgenossen. Der Unterbezirk Waldenburg hatte unter der Verfolgung arg zu leiden. 7 unserer besten Genossen wurden in die Gefängnisse geschleppt. Ein Teil der Genossen sind nun wieder entlassen, bis auf die Genossen aus Polkshain, die heute noch in Hirschberg schmachten.

In Langenbielau erhielt unser Genosse Duschatsch 4 Monate, der andere 9 Monate Gefängnis, der Genosse Ritzke 6 Monate, wurde zu 1650 Mk Geldstrafe verurteilt, weil er abends in einem geschlossenen Jagde mit der KZ. das Hunderttausend-Mark-Jagd. (Die Stahlhelmer brauen die ganze Nacht geblöhen, das hört die Polizei nicht.) Der Genosse Alois erhielt ebenfalls eine Geldstrafe von 50 Mark und 1650 Mark. Die Genossen Bielethal, Köpcke und Sauer schmachten nun schon 22 Wochen in Hirschberg und der Termin soll bis nach den Wahlen verschoben werden sein. Warum sitzen diese Genossen? Weil sie sich gegen den Hunger wehren.

Die Unterbezirksleitung Waldenburg der KZ. mit deshalb alle Ortsgruppen des Unterbezirks auf zu Offern diesen Genossen zu werden, und sie durch kleine Liebesgaben zu erlösen. Liebesgaben nimmt entgegen die UBB. Waldenburg und der Gen. Alfred Siegert, Polkshain, Hospitalstraße 2. Genossen! Unterstützt eure Gefangenen Jugendgenossen! Denkt an sie.

Die Unterbezirksleitung der KZ. Waldenburg.

**Gottesberg.** Stadtvorordnetenwahlen am 6. April. (Genossen, Genossinnen!) Der Termin der Wahlen rückt immer näher. Die Wahlvorschläge sind veröffentlicht. Vier Listen stehen zur Wahl:

- I. SPD.,
- II. Zentrum,
- III. USPD,
- IV. Väterliche (Ordnungsblock).

Wenn wir uns die Wahlvorschläge II und IV ansehen, so muß man sagen, daß wohl kein Arbeiter dafür stimmen wird. Als Spitzenkandidaten der Zentrumliste und der Väterlichen werden Arbeiter geführt. Aber gleich hinter diesen folgen die Hausbesitzer, Geschäftsführer, Reaktionsäre, Ortsbeamte usw. Alles in allem brauchen sich die Arbeiter bloß die Personen, welche diese Listen zieren, ansehen, und sie werden erkennen, daß es nicht die richtigen Vertreter ihrer Interessen sind.

Sonnabend, den 5. April, abends 7 Uhr, findet im Hotel „Mitt-Nacht“ die letzte öffentliche Wahlerversammlung statt. Referent ist Bezirksleiter Gen. Smolka-Breslau. Genossen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung! Beigt, daß wir nicht müßig sind und agitiert für die Liste der SPD., Ulrich, Vogt, Grenz.

**Dittersbach (KZd.).** Kleinbauern, Handwerker, Arbeiter! Seht die Wählerlisten an, ob auch ein jeder von Euch darin verzeichnet ist, damit er nicht um sein Wahlrecht kommt. Gleichzeitig machen wir aufmerklich, daß am Sonntag, den 18. April, nach 3 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Gasthaus zum „Raben“ stattfindet. Referent und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. Arbeiter, Kleinbauern, Handwerker, erscheint zahlreich zu dieser Versammlung und laßt Euch von nichts abschrecken. Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die für Euch alle kämpft. Seht, wo sind die Ergrünungsfragen von 1918? Keine Stimme der Bürgerlichen und der SPD. Weg mit dem Ruhhandel, denn die Vereiner der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein. Und bei dem Betriebsrätemahlen habt Ihr gesehen, mit welcher großen Siege die kommunistische Partei hervorgegangen ist. Dieses ist die beste W-rechnung mit den Reformisten.

Denkt an die Märzopfer, denkt an die hinter den eisernen Gitter stehenden Klassenkämpfer, die den Eltern, Geschwistern, Weib und Kind entrissen worden sind, lediglich dafür, daß sie es wagten, offen über das Elend zu sprechen und zum Kampf aufzufehen. Denkt an die Arbeitslosen. Wo bleibt da die Liste der SPD.? Darum wählt bei den kommenden Wahlen nur die kommunistische Liste! Unseren Brüdern, die auf den Friedhof gewandert sind, rufen wir im Geiste zu:

Was Ihr wollt, werden wir schaffen!  
Wir stehen geküßt, wir sind bereit.  
Wir wollen, daß die Erde, worin Ihr liegt  
Start und Start, ganz eine freie werde.

**Stammwitz.** Ein deutschnationaler Stimmengang. Uns war Gelegenheit gegeben, einmal aus unserem Nachbardorf einiges über das Tun und Treiben der dortigen Domänenherrschafft zu erfahren. Es ist uns zwar nichts Neues, aber man muß erstlich gestehen, daß diese Herren nun kurz vor der Wahl tatsächlich ein ganz gutes Herz für ihre Arbeitstiere haben. Wie wir erfahren, haben sich diese Herren nicht geschämt, mit ihren Arbeitstieren einmal ein gemütliches Beisammensein zu feiern, ja, man hat es sogar so gut mit den Proleten gemeint, daß man einem jeden die Hand geschüttelt hat, die ja auch von vielen zum Dank geführt worden sein soll. Aber man kann ja schließlich die Arbeitstiere auch einmal als Stimmvieh benutzen, warum denn immer als Arbeitstiere. Wie wir nun weiter erfahren, soll man auch dazu übergegangen sein, die Arbeitstiere, wie sie von diesen Herren bezeichnet werden, mit Kaffee und Kuchen zu füttern.

Wir möchten diese Herren darauf aufmerksam machen, daß sie doch lieber ihren Arbeitslosen am Ort einmal etwas Derartiges geboten hätten, die vielleicht vor Hunger nicht wissen, wo sie hin sollen.

Wir fragen nun die Domänenarbeiter und -arbeiterinnen von Stöchen, ob sie dem nicht sehen, was in ihrem Dorfe vorgeht. Wozu werden die Schießungen veranstaltet, oder will man Stöchen in eine Garnisonstadt verwandeln? Es muß jedem Arbeiter klar sein, was diese Vorgänge bedeuten.

Darum, Augen auf, und bei der Wahl nur kommunistisch wählen!

— Öffentliche Versammlung. Am Sonntag, den 23. März, fand hier eine gutbesuchte öffentliche Versammlung statt. Vor dem Referat ehrten die Anwesenden das Andenken Lenin's durch Erheben von den Wägen. Alsdann erhielt Gen. Graf-Waldenburg das Wort. Er sprach über das Thema: „Warum die kommunistische Partei verboten war“. Die kapitalistische Weltmacht hat es eingesehen, daß es nur die kommunistische Partei sein kann, durch welche sie den größten Schaden erleiden konnte. Darum setzte Verbot und Unterdrückung und die Verfassung der Kommunisten ein. All diesen Sachen sah die SPD. stillschweigend zu. Diese Sozialverräter gaben dem Faschismus eine neue Waffe in die Hand, indem sie dem schönen Ermächtigungsgesetz restlos zustimmten. Womit der Name Handlanger des Kapitals und Arbeiterverräter nicht ohne Recht ausgesprochen ist.

Trotz der vielen antwefenden SPD.-Männer kam eine größere Diskussion nicht zustande. Eine große Blamage hatten die besoffenen Versammlungsführer — SPD.-Vertreter — erlebt, in dem sie durch die eigenen Parteigenossen aufgefordert wurden, die Klappe zu halten oder den Saal zu verlassen.

Verantwortlich für den gelanten Text: Max Gläser, Breslau, Inzerate: Max Schöcher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e.V., Breslau, Drebnitzer Str. 50.

**16 Nur Kupferschmeldestraße 16**  
Wilhelm Enauerhase, Breslau I  
Kupferschmeldestraße 16, Kottbus  
Herren-Knaben- u. Arbeitergarderoben  
Reichhaltiges Sortiment, Ausfertigung  
nach Maß, Brautkleider, alle Branchen  
Kleinere Filiale  
König Vorzeiger 5 Prozent Rabatt

**Achtung! Achtung!**  
**Betriebsräte**  
**des Kreises Waldenburg!**  
Am Sonntag, den 5. April 1924  
abends 7 Uhr im Restaurant Goldbacher  
**Versammlung aller Betriebsräte**  
**der Opposition.**  
Bericht von der Kreisbetriebsräte-  
Versammlung in Halle  
Es ist unbedingt Pflicht aller Betriebsräte  
zu erscheinen!  
Vollzugsausschuß der  
oppositionellen Betriebsräte.

**Nähmaschinen**  
**kauf Wienziers**  
Kaufmannstr. 5. ca  
**Walter Krebs**  
Schmalzer-Bekleidungs-  
artikel-Erfindung  
Breslau V, Tel. 58393  
682

**Versammlungs-Kalender.**  
Unterbezirk Breslau. Sämtliche Ortsgruppen-Vorsitzende  
des Unterbezirks Breslau müssen am Sonntagabend  
den 6. April, zu einer Konferenz in Breslau  
erscheinen. Auch die Kreisleiter müssen anwesend  
sein. Die Teilnehmer tragen die Ersatznamen selbst.  
Die Konferenz beginnt um 9 Uhr. Treffpunkt: Eich-  
strasse.

13. April auf dem Rathaus aus. Eichere also ein  
jeder sein Wahlrecht.  
Das kommunistische Wahlkomitee setzt sich wie folgt  
zusammen:  
A. Rahn, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 58  
B. Baum, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 58  
C. Grundmann, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 185  
D. Weicker, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 185  
Alle Anfragen, die von Sympathisierenden gewünscht  
werden, sind an diese Genossen zu richten.  
Erscheint, den 5. April, abends 7 Uhr, im Sud-  
mohls (Herrn Saal), Mitgliederversammlung der  
KPD, Hirschberg. Erörterung der Genossen im Pflicht-  
Hilfswort, den 9. April, abends 7 Uhr, im Sudmohls  
Kleinbauern- und Arbeitervereinsversammlung, Tagesordnung  
Der Betriebsrat in Kottbus. Referent: Karl Schmidt.  
Kleinbauern- und Arbeitervereinsversammlung in Kottbus.

**Produktiv-Genossenschaft**  
für die Provinz Schlesien  
e. V. m. b. H.  
Abteilung: Buchhandlung  
Möchte welche Namen hier wieder die  
Buchhandlung treffen. Wie Buchhandlung,  
die bereits an uns gelangen, werden so-  
fort erledigt. Wir bitten unsere Genossen,  
keine Bestellungen anzunehmen, die Ge-  
samtheit erfolgt aus der Reihenfolge der  
Anträge.

**Achtung! Achtung!**  
**Gänger!**  
Die Arbeitsstunden des Hünner  
dort „Eos“ der SPD. Ortsgruppe Breslau  
finden bestimmt Sonntag, den 5. April,  
abends 7 Uhr im Lokal Feingewerbepark  
5. statt.  
Alle langjährig Genossen und Egen-  
schaftlichen werden hiermit herzlich  
eingeladen.

**Wichtige**  
**Zeitung**  
in Futterstoffen und  
Garnen f. Schneider  
Herbert Scholz  
Wellbergergasse 48  
**Beachtet**  
bei allen Entwürfen  
immer nur unsere  
**Inferenten!**

**13. April auf dem Rathaus aus.** Eichere also ein jeder sein Wahlrecht. Das kommunistische Wahlkomitee setzt sich wie folgt zusammen:  
A. Rahn, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 58  
B. Baum, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 58  
C. Grundmann, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 185  
D. Weicker, Waldenburg-Altköniger Charlottenstr. 185  
Alle Anfragen, die von Sympathisierenden gewünscht werden, sind an diese Genossen zu richten. Erscheint, den 5. April, abends 7 Uhr, im Sudmohls (Herrn Saal), Mitgliederversammlung der KPD, Hirschberg. Erörterung der Genossen im Pflicht-Hilfswort, den 9. April, abends 7 Uhr, im Sudmohls Kleinbauern- und Arbeitervereinsversammlung, Tagesordnung Der Betriebsrat in Kottbus. Referent: Karl Schmidt. Kleinbauern- und Arbeitervereinsversammlung in Kottbus.

**Andere Organisationen**  
Kleinbauern- und Arbeitervereinsversammlung in Kottbus. Referent: Karl Schmidt. Kleinbauern- und Arbeitervereinsversammlung in Kottbus.